

29.09.2020

## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Trauma „Verschickungskind“. Verschickt um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten**

#### **I. Ausgangslage**

Von den 1950er Jahren bis in die 1990er Jahre wurden Millionen Kinder aus NRW wegen gesundheitlicher Probleme alleine ohne Begleitung ihrer Eltern oder Erziehungsberechtigten in Kinderkuren und Kinderheilanstalten verschickt. Bundesweit waren es mindestens 10 Millionen Kinder. Viele Kinder erlebten in diesen Heimen Demütigung und Gewalt, darunter Prügel, Essenszwang, Redeverbote, Misshandlungen und Versuche mit Medikamenten.

Das Alles geschah in der Abgeschiedenheit und weit weg von zuhause. Auch wenn Erziehung bis in die 1970er-Jahre oftmals durch autoritäre Erziehungsmodelle geprägt war und ein Züchtigungsverbot erst im Jahr 2000 ausgesprochen wurde, so waren die Methoden in den Anstalten zu keinem Zeitpunkt angemessene Erziehungsmethoden. „Schwarze Pädagogik“ wird die Erziehung in staatlichen Fürsorge-Anstalten der Bundesrepublik der 1950 bis in die 1970er Jahre heute gemeinhin genannt. Diesen Einrichtungen machten die Heimkinderinitiativen als Teil der 68er Bewegung damals ein Ende, indem sie die Heime stürmten und die Insassen befreiten. Aber in den Kinderkur- und -heilanstalten war dies noch länger das führende Verständnis der Erziehung.

Am System der Verschickung waren staatliche Stellen, Jugend- und Gesundheitsämter, Sozialversicherungsträger, gemeinnützige und private Träger beteiligt. Dem Verhalten der Aufsichtspersonen und des medizinischen und pädagogischen Personals liegen teils durch nationalsozialistische Erziehungsmethoden und Ideale geprägte, schon damals unzeitgemäße Sicht- und Handlungsweisen in Bezug auf Kinder zugrunde, teils Überforderung durch Unterbesetzung und mangelnde Qualifikation bei Gewinnorientierung der Einrichtungen.

In den 1990er Jahren wurden Kuren dieser Art nicht mehr durchgeführt. Damit verschwand aber nicht zwangsläufig das Personal. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die grundsätzliche Einstellung dem Kind gegenüber in andere Betätigungsfelder weitergegeben wurde. Im Zuge der Aufklärung muss man sich auch mit der Zeit nach der Verschickung befassen.

Kinder, die solche Erlebnisse durchmachen mussten, wurden häufig verängstigt und mitunter schwer traumatisiert. Sie waren medizinischem Personal, Pflegepersonal und Erzieherinnen und Erziehern schutzlos ausgeliefert. Dieses Trauma hat viele ihr Leben lang begleitet. Viele

Datum des Originals: 29.09.2020/Ausgegeben: 30.09.2020

Geschädigte der Verschickungen sagen aus, sie haben ihr Leben lang gedacht, mit ihnen stimme etwas nicht, sie seien nicht normal, sie seien böse, weil man sie so strafen musste.

Lange Zeit dachten die Geschädigten, sie seien Einzelfälle. 2009 schrieb Anja Röhl einen Beitrag im Feuilleton einer deutschen überregionalen Tageszeitung, diesen Text hat sie auch ungekürzt auf ihrem persönlichen Blog veröffentlicht<sup>1</sup>. Damit legte sie einen Grundstein für die Sammlung einzelner Fälle und dem Bewusstsein kein Einzelschicksal zu sein. Im Jahr 2019 wurde Report Mainz auf die Initiative aufmerksam und hat sich mit dem Thema intensiv auseinander gesetzt. Dadurch wurde eine breitere Öffentlichkeit erreicht. Nach und nach kamen immer mehr Fälle an die Oberfläche. Bisher haben sich die Geschädigten meist ohne Unterstützung in Selbsthilfegruppen organisiert und versuchen gemeinsam aufzuarbeiten, was ihnen widerfahren ist. Geschädigte scheitern bisher an der Öffnung der Archive beteiligter Stellen und der fehlenden Anerkennung ihres Leids.

## II. Der Landtag stellt fest:

- Im Zuge der Verschickung haben zahlreiche Kinder unvorstellbares Leid erfahren, das bis heute nicht aufgearbeitet worden ist.
- Staatliche Kontrolle hat in dieser Zeit versagt und damit das Leid der Kinder ermöglicht.
- Staat, Träger und Selbstverwaltungsorgane müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen und aktiv Aufklärung und Aufarbeitung vorantreiben. Ehemalige „Verschickungskinder“ müssen in Ihrem Berechtigten Anliegen der Aufarbeitung unterstützt werden.
- Der Landtag erkennt das Leid, das zahlreiche Verschickungskinder erfahren haben, an und spricht sein Mitgefühl für erlittenes Unrecht aus.

## III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- die Vernetzungsarbeit der Verschickungskinder zu unterstützen, dafür müssen die nötigen haushalterischen Mittel bereitgestellt werden.
- die Schaffung niedrigschwelliger therapeutischer Hilfsangebote für Betroffene zu unterstützen.
- den Aufbau einer Geschäftsstelle für die Interessenvertretung der Geschädigten zu unterstützen.
- zu prüfen, wie die Aufarbeitung der Misshandlungen und Missbräuche in den Einrichtungen vorangetrieben werden kann.
- zu prüfen, wie die öffentliche Auseinandersetzung mit der Thematik gestärkt werden kann, z.B. mit Informationstafeln an den ehemaligen Einrichtungen.

---

<sup>1</sup> <http://www.anjaroehl.de/wyk-auf-fuhr-%E2%80%93-verschickung-erinnerung-und-schmerz/>  
(24.09.2020)

- das staatliche Versagen bei der Aufsichtspflicht anzuerkennen und die Geschädigten bei der Aufklärung zu unterstützen.
- wissenschaftliche Aufarbeitung und damit verbunden Recherche von Wissenschaftlern sowie von Betroffenen in den Archiven staatlicher Einrichtungen und Institutionen zu erleichtern und zu fördern.
- einen Runden Tisch mit den beteiligten Stellen und Vertretern der Geschädigten einzuberufen und Möglichkeiten der Aufklärung und Unterstützung zu besprechen.
- auf Ebene der Bundesländer in den Austausch einzutreten, um eine Bundesratsinitiative zur Aufarbeitung zu starten. Die Aufklärung der Misshandlungen und Missbräuche in den Einrichtungen soll vorangetrieben werden.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Regina Kopp-Herr  
Lisa Kapteinat  
Dr. Dennis Maelzer  
Josef Neumann

und Fraktion